

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 19 (1999)
Heft: 38

Artikel: Herrschaft der Finanzmärkte - Kern der Globalisierung
Autor: Bischoff, Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herrschaft der Finanzmärkte – Kern der Globalisierung

„Das neue Wort ‘Globalisierung’ hat die Ökonomen nicht sonderlich interessiert“, behauptet C.C. von Weizsäcker (1999, 5), „weil für sie der Vorgang der Globalisierung seit zwei Jahrhunderten das tägliche Brot ist. So kam es, dass wir dieses neuerdings bestsellerträchtige Feld den Nicht-Ökonomen überlassen haben.“ Diese Positionsbestimmung, wonach Ökonomen in der Herausbildung einer Globalökonomie nichts Neues erkennen können und daher die Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Entwicklungstrends den „Pop-Ökonomen“ oder „Sprechblasentheoretikern“ (Krugman 1999) überlassen haben, ist nicht haltbar. Es sind sehr wohl auch Ökonomen, die darauf verweisen, dass sich die kapitalistische Ökonomie in den letzten Jahrzehnten mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit verändert. Selbstverständlich hat das Argument Berechtigung, dass die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft die Herstellung des Weltmarktes ist, und dass dieses Faktum von der klassischen politischen Ökonomie und ihrer marxistischen Kritik entwickelt wurde: „Die Tendenz den Weltmarkt zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke.“ (Marx 1954, 311) Aber die Entwicklung (das historische Werden) zur Totalität des kapitalistischen Systems schließt unterschiedliche Phasen ein, und es geht in der gesellschaftlichen Debatte um die Einschätzung der aktuellen Entwicklungsphase. Vordergründig ist die kapitalistische Produktionsweise wegen des ökonomischen Sachzwangs und des Anpassungsdrucks ins Gerede gekommen: die Internationalisierung der Märkte und neue, leistungsfähige Anbieter auf den Weltmärkten erzwingen von allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern am Ende des 20. Jahrhunderts radikale Veränderungsprozesse. Globalisierung wird zur Chiffre für einen gesteigerten Anpassungszwang an verschärfte Wettbewerbsbedingungen.

Was ist neu an der Globalisierung ?

Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten der historischen Entfaltung des kapitalistischen Systems erklärt den enormen Umfang der Literatur zur Globalisierung. Bei Altvater/Mahnkopf (1999) erhält man sowohl einen Überblick über diese verschiedenen Gesichtspunkte als auch eine hilfreiche Einordnung dieser immensen Literatur. Sie betonen im Vorwort zurecht: „Es gibt zwar einen globalen Globalisierungsdiskurs, der aber in den verschiedenen Sprachräumen an jeweils spezifische historische, politische, kulturelle Kontexte gebunden ist.“ (Altvater 1999, 4) Ohne Zweifel ist die Beobachtung zutreffend, dass das Schlüsselwort Globalisierung zur Bestimmung der unterschiedlichsten Erscheinungen herangezo-

gen wird, nämlich „für die Auswirkungen von Klimaveränderungen ebenso wie für die Herausforderung durch grenzüberschreitende organisierte Kriminalität oder neu erwachte fundamentalistische Bewegungen. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses freilich stehen die Folgen weltwirtschaftlicher Verflechtung im Zeichnen sich öffnender Märkte.“ (Schäuble 1997, 203) Obendrein hat die Globalisierung ein US-amerikanisches Gesicht und ruft entsprechenden kulturellen Protest oder Widerstand hervor: „Sie hat die Ohren von Mickeymaus, isst Big Macs, trinkt Coke oder Pepsi, arbeitet an einem Laptop von IBM oder Apple, verwendet Window 98 mit einem Pentium-I-Prozessor von Intel und einem Netzwerk-Link von Cisco Systems ... In den meisten Gesellschaften sehen die Leute keinen Unterschied mehr zwischen amerikanischer Macht, amerikanischen Exporten, den Angriffen der amerikanischen Kultur und der reinen Globalisierung.“ (Friedman 1999, 370 f.)

Aber auch bei der Anerkennung des Primats der Ökonomie legt sich der Prozess der Globalisierung des kapitalistischen Systems in verschiedene Aspekte auseinander: die wachsende Verflechtung der Nationalökonomien durch Verbesserung und Verbilligung von Transport und Kommunikation, Ausdehnung des Handels und größere Mobilität des Kapitals. Globalisierung bezeichnet auch eine stärkere Verflechtung der Ökonomien der reifen kapitalistischen Länder, wobei allerdings festzuhalten ist, dass auch innerhalb dieses Verflechtungsraumes große regionale Ungleichgewichte existieren. Am stärksten ist der Konkurrenzdruck zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die EU wird gegenwärtig als Deregulierungsgemeinschaft instrumentalisiert (Schulten 1999).

Dieser Aspekt der Globalisierung – Internationalisierung der Wertschöpfungsketten, dominante Rolle von transnationalen Konzernen als den Subjekten – wird zum Teil in den Zusammenhang mit einem einschneidenden Umbruch in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals gestellt: ermöglicht durch die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie registrieren wir einen Übergang von der standardisierten zur kundenzentrierten Massenproduktion. Vor allem die Strukturen der Unternehmen und der arbeitsteiligen Beziehungen in der Wertschöpfungskette werden im internationalen Maßstab flexibler gestaltet und den jeweils günstigsten Verwertungsbedingungen des Kapitals rasch angepasst. Die Auflösung bisher fest untereinander verbundener Produktionszusammenhänge und ihre internationale Neuorganisation vollziehen sich in den verschiedenen Branchen differenziert, in einigen in hohem Tempo. Für die einzelnen Stufen des Wertschöpfungsprozesses entstehen selbständige Einheiten, die über mehrere Länder und Erdteile verteilt sein können, weltweit an keine Ländergrenzen gebunden sind. Diese Entwicklung hat in den Unternehmen zu einer marktgesteuerten Dezentralisierung geführt: rechtlich selbständige, unternehmerisch handlungsfähige Teilbereichsunternehmen führen die eigentlichen Geschäftstätigkeiten durch, während die Holding für die Erzielung von Finanz-, Technologie- und Managementsynergien verantwortlich ist. Für die Senkung von Transport- und Kommunikationskosten sowie für

Produktivitätssteigerungen durch Steuerung von Unternehmensnetzen gibt es eindrucksvolle Beispiele, die auch deutlich machen, in welchem Umfang sich der Aktionsradius der Unternehmen erweitert hat (transnationale Konzerne). Allerdings schließt diese Entwicklung eine massive Verkürzung von Produktzyklen ein; hohe Entwicklungskosten müssen durch Erschließung aller Märkte in kürzeren Zeiten hereingeholt werden (Bischoff 1999).

Auch unter dem Aspekt des Primats des Ökonomischen ist die Globalisierung ein komplexer, in sich widersprüchlicher Prozess, der keinesfalls eine integrierte Welt und eine politisch-soziale Regulation hervorbringt. Altwater und Mahnkopf (1996, 37) betonen in Übereinstimmung mit einem Großteil entsprechender Untersuchungen in Absetzung zur Kapitalismus- und Imperialismustheorie zu Anfang des 20. Jahrhunderts, dass „Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts ... gleichbedeutend mit Deregulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften ist.“ Globalisierung, soweit damit die entfesselte Konkurrenz und entsprechender Anpassungsstress angesprochen sind, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen. „Die in den achtziger Jahren durchgeführte Liberalisierung der weltweiten Kapitalmärkte war eine politische Entscheidung. Es ist wichtig das festzustellen, weil oft so getan wird, als sei diese Entscheidung gottgegeben ... Eine Revolution hatte sich vollzogen: Das Geld wurde international nicht mehr getauscht, um den Warenverkehr oder die Investitionen zu finanzieren, sondern kurzfristig Gewinne zu machen.“ (Lafontaine 1999, 199)

Das Faktum eines radikalen Systemwechsels im Hinblick auf die Finanzmärkte wird auch von dem Neoliberalismus verpflichteten Autoren eingeräumt. So sprechen Hanke/Walter (1997, 46) von einer Revolution in tausend kleinen Schritten. „Die spektakuläre Umstülpung der Machtverhältnisse ist teils das gewollte, teils aber auch das unbeabsichtigte Resultat vieler Einzelentscheidungen, die nach und nach zu völlig neuen, internationalen Finanzmärkten geführt haben.“ Über den Beginn dieses Systemwechsels und den Grad der Bewusstheit der handelnden Akteure gehen die Positionsbestimmungen auseinander, aber weithin akzeptiert ist die These von der *politisch* herbeigeführten Liberalisierung der Finanzmärkte.

Ein Angelpunkt des Globalisierungsprozesses ist die Herausbildung eines radikal veränderten internationalen Finanzsystems und damit neuer Bedingungen für die Renditeorientierung der Unternehmen: „Entweder steigern sie ihre Gewinne, indem sie in die Warenproduktion investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Oder sie lassen die erwirtschafteten Überschüsse auf dem weltweit vernetzten Kapitalmarkt ‘arbeiten’ ... Im Zweifel legen deshalb die Unternehmen die erwirtschafteten Gewinne am Kapitalmarkt an ... Dies ist der Kernpunkt von Globalisierungsprozessen.“ (Mutz 1999, 200) Mit dieser Einschätzung, dass die Liberalisierung der Finanzmärkte den Übergang zu kurzfristigen spekulativen Gewinnen ermöglicht und die herkömmliche Unternehmerfunktion in den Hintergrund gedrängt wird, wird aber zugleich die bisherige politische Ökonomie der Kapitalverwertung in Frage gestellt: Was sind die wichtigsten Erschei-

nungsformen des neuen Finanzregimes, wie hängt das beschleunigte Wachstum der Finanzmärkte mit dem abgeschwächten Wirtschaftswachstum der Realökonomie zusammen und durch welche politische Entscheidungen läßt sich die Herrschaft der Finanzmärkte begrenzen oder zurückdrängen?

Die veränderte Architektur der Finanzmärkte

Die Umsätze auf den Weltdevisenmärkten stiegen seit Ende der achtziger Jahre mit jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten von 12-14 Prozent. Der Devisenumsatz beträgt heute fast das Hundertfache des Weltexports. Drei Entwicklungslinien zeichnen sich ab:

Erstens: Die Devisenumsätze spielten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten keine große Rolle. Bis zum Zusammenbruch des in Bretton-Woods verabredeten Währungssystems 1973 konstatieren wir tägliche Devisenumsätze an den Börsen zwischen 10 bis 20 Mrd. Dollar. In diesem Zeitraum existierte ein national administriertes Bankengeld- und -kreditsystem, das sehr eng mit der realen Ökonomie der Produktion und Konsumtion verknüpft war. Mit Bankkrediten wurden produktive Unternehmungen oder öffentliche Aufgaben finanziert. Die Banken unterlagen strikten Regulierungen und wurden vor allem von der Zentralbank kontrolliert, was sich auch auf den Geld- und Kapitalverkehr mit anderen Ländern erstreckte (Guttmann 1998). Dieses Finanzregime mit strikten Kapitalverkehrskontrollen ermöglichte eine beispiellose Prosperität des Kapitals. Infolge der in den sechziger Jahren aufgebauten Widersprüche (unterschiedliche Produktivitätsentwicklung, Außenhandelsdefizite, Vietnamkrieg) und der Verschiebung in den Wettbewerbsverhältnissen unter den kapitalistischen Hauptländern zerbrach dieses internationale Finanzsystem mit den Banken als Zentrum in den verschiedenen Finanzkrisen der siebziger Jahre.

Zweitens: Die politischen Akteure verständigten sich nicht auf ein qualitativ entwickeltes Regulationsmodell, sondern die Hauptländer kehrten nach dem definitiven Zusammenbruch des Dollar-Gold-Standards 1973 schrittweise zu den Prinzipien des Laissez-faire-Kapitalismus auf den Kapitalmärkten zurück. „Bei diesen Veränderungen handelt es sich um die Demontage der historisch einzigartigen Reformkonstellation, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Druck der Systemkonkurrenz und der stärker gewordenen Arbeiterbewegung sowie unter dem Eindruck von Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg zustande gekommen war.“ (Huffs Schmid 1999, 98) Der Übergang zu weitgehend unregulierten Geld- und Kreditmärkten setzt eine beschleunigte Akkumulation des Finanzkapitals in Gang, die sich auch deutlich an den Aktienmärkten widerspiegelt.

Drittens: Die Umsätze auf den Devisenmärkten drücken eine Internationalisierung des Leih- und Finanzkapitals aus. In der Sprache des Bundesverbandes Deutscher Investmentbanken: „Kapital ist weltweit auf der Suche nach den besten Renditen. Erheblich an Gewicht haben insbesondere die internationalen Kapitalströme gewonnen ... Lediglich drei Prozent davon dienen der Abwicklung des Warenverkehrs. Die übrigen 97 Prozent sind

reine Finanztransfers, Kapital, das vor allem auf der Suche nach kurz- und langfristigen Anlagemöglichkeiten ist.“ (Huffs Schmid 1999, 82)

Neue Akteure: Fonds und Vermögensverwalter

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine radikal veränderte Architektur des Finanzsystems ausgebildet. Es entstehen Finanzkonglomerate, deren Funktion nicht mehr als zentraler Finanzintermediär im Rahmen der nationalen oder internationalen ökonomischen Systeme definiert werden kann. Waren die Banken lange Zeit Vermittler von liquidem Kapital, welche die „passiv-seitigen Einlagen vieler Sparer zu aktivseitigen Krediten und Ausleihungen bündelten, so sieht die moderne Auffassung der Bank ihre Funktion in der gezielten Planung, Akquisition, Steuerung und Überwachung von Risiken aller Art sowie in ihrer Fähigkeit, Markt- und Gegenpartearisiken zu analysieren, in ihre vielfältigen Bestandteile zu zerlegen und durch Zusammensetzung zu neuen Risikobündeln über die Kapitalmärkte zu diversifizieren und umzuverteilen.“ (Bernet 1999, 139) Der Übergang zu einem neuen Finanzregime geht also mit einer Ablösung der Investitionsfinanzierung durch das Finanzinvestment oder der Entwicklung der ‘financial industries’ einher. Dieses System basiert auf vier wesentlichen Bausteinen:

Zunächst stellen wir die Ausbreitung eines privaten, global organisierten Netzes von transnationalen Finanzinstituten fest, die jenseits der strikten Kontrolle der staatlichen Zentralbanken oder Finanzmarktagenturen arbeiten. Zweitens konstatieren wir den raschen Aufstieg der institutionellen Anleger (Fonds). Die Pensions- und Investmentfonds werden zu einem der wichtigsten Faktoren bei der Globalisierung der Finanzmärkte. „Insbesondere die angelsächsischen Pensionsfonds sind zu bedeutenden Akteuren auf den Währungsmärkten und in den noch schwachen Kapitalmärkten der ‘Schwellenländer’ geworden.“ (Guttmann 1998b, 644) Diese Entwicklungstendenz verstärkt sich infolge des Umbaus der auf solidarischer Umlagefinanzierung basierenden Sozialversicherungssysteme. „In den OECD-Ländern insgesamt ist der Bestand an Finanzaktiva, die sich in Händen von Pensionsfonds befinden, in den letzten zehn Jahren um jährlich 11 Prozent gestiegen; so erhöhte er sich von 28 Prozent des BIP im Jahr 1987 auf durchschnittlich 39 Prozent des BIP im Jahr 1996. Diese globalen Zahlen verdecken aber, dass die Situation in einzelnen OECD-Ländern sehr unterschiedlich ist. In vielen kontinentaleuropäischen Ländern beliefen sich die Aktiva der Pensionsfonds 1996 auf weniger als ein Zehntel des BIP, hingegen übertrafen sie 50 Prozent des BIP in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden und in der Schweiz. Diese Unterschiede vermitteln eine ungefähre Vorstellung von dem vorhandenen Spielraum für die weitere Expansion der Pensionsfondsaktiva in den Ländern mit alternder Bevölkerung und noch relativ unterentwickelten kapitalgedeckten Alterssicherungssystemen.“ (OECD 1999, 72) Die mit den Fonds erreichte Professionalisierung der Vermögensanlage führt dazu, dass mehr und mehr die privaten Haushalte über ihre Vermögensersparnisse und

Altersrücklagen zu einem wesentlichen Faktor in der Herrschaft der Finanzmärkte werden.

Schließlich: Der Bankenkredit verliert an Bedeutung zugunsten von akquiriertem Leihkapital auf den internationalen Finanzmärkten. Sowohl Unternehmen als auch öffentliche Institutionen nehmen zur Finanzierung ihrer Projekte und Aufgaben den internationalen Kredit- und Anleihemarkt in Anspruch. In diesen Zusammenhang ist viertens das Entstehen neuer Zirkulationsinstrumente – Derivate – einzuordnen. Die wachsende Verschuldung der öffentlichen Institutionen und Staaten ist auch ein Phänomen der kapitalistischen Hauptländer.

Wir konstatieren also in den letzten beiden Jahrzehnten ein schnelleres Wachstum der Vermögensbestände und damit der Umsätze auf den Finanzmärkten als bei der realen gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung. Das Bild vom Spielcasino drückt den Einsatz von großen Geldsummen mit dem Ziel kurzfristiger Gewinne zutreffend aus, läßt aber die Frage nach dem Zusammenhang von spekulativem Kapital und gesellschaftlicher Wertschöpfung offen. Im Grunde ist das Problem noch schwerwiegender: Wie gehen die Tendenz einer langfristigen Abschwächung der realen Wirtschaftsleistung und das beschleunigte Wachstum der Finanzmärkte zusammen?

Altvater und Mahnkopf (vgl. auch 1996, 145 ff.) sehen in der Anforderung der monetären Ökonomie auf Dauer eine Überforderung der real-ökonomischen Surplusproduktion. „Die Zinsen müssen also aus der Substanz gezahlt werden, und dies bedeutet, dass in diesem Prozess eine gewaltige Einkommens- und Vermögensumverteilung stattfindet ... Die Findigkeit des Kapitals ist beträchtlich. Der offensichtlichen real-ökonomischen Schranke der vom zinstragenden Kapital verlangten Steigerung wird durch Deregulierung Abhilfe geschaffen. Die Geldvermögensbesitzer legen ihre Geldvermögen ... im globalen Raum an. Auf globalen Märkten findet nun der Kampf um die Verteilung des Surplus statt, nachdem die Produktion offensichtlich nicht ausreicht, um die Ansprüche der Geldvermögen zu befriedigen; dies ist der eigentliche Sinn und Inhalt der Globalisierung.“ (Altvater 1997, 108)

Dies erinnert an die Bildung und Funktion von Geldvermögen in vorbürgerlichen Produktionsweisen. Im Spätkapitalismus tritt an die Stelle der unternehmerischen Exploiteurs ein „coarse, money-hunting parvenue“. Die kapitalistische Produktionsweise wird nicht mehr verändert, sondern der Geldvermögensbesitzer fungiert als Parasit. „Er saugt sie aus, entnervt sie und verursacht die Reproduktion, unter immer scheußlicheren Bedingungen vorzugehen.“ (Marx 1968, 519) Wenn sich wie früher im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft ein weitverbreiteter Hass gegen das zinstragende Kapital entwickelte, weil es die Eigentumsformen und damit die Vermögensentwicklung der Citoyens zerstörte, wäre es um die Globalisierung bald geschehen. Huffschmid (1999, 40 ff.) sieht das Treibhausklima der Finanzmärkte weniger als Gefährdung der Teilung des gesellschaftlichen Mehrwerts und des Teilungsverhältnisses von Unternehmergewinn und Zins. Die

Verwertung der Finanzinvestoren zielte auf die Preisänderung des verbrieften fiktiven Kapitals. In Anschluss an Tobin interpretiert er: Der Anteil der Selbstfinanzierung des Unternehmenssektors ist außerordentlich hoch; Immobilien werden überwiegend durch Spezialinstitute finanziert, die nicht auf den Wertpapiermärkten erscheinen; der Großteil der Umsätze auf den Finanzmärkten besteht daher aus beständigen Umschichtungen unter Vermögensbesitzern, also doch wie im Casino, wo die Bank die Umverteilung unter den Spielern profitabel organisiert. Die verstärkte Konkurrenz unter den Finanzunternehmen in den achtziger und neunziger Jahren schlägt sich infolge engerer Umverteilungsspielräume in einer massiven Zentralisation des Finanzkapitals und in häufigeren Finanzkrisen nieder.

Beide Thesen – sowohl die Argumentation von Altvater/Mahnkopf über die Zinszahlungen aus der Wertschöpfung als auch Huffschmids These von der Ablösung der Gewinnerwartungen der Finanzinvestoren vom Zins (einem Teil des Profits) – müssten weiter untersucht werden, um an Überzeugungskraft zu gewinnen. Meines Erachtens ist es problematisch, von dem Faktum, daß die Realzinsen in den kapitalistischen Metropolen tendenziell über den realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts liegen, auf eine Unterminierung der Wertschöpfung zu schließen. Man muß sich zunächst klar machen, dass der Großteil der Vermögenswerte zunächst nur akkumulierte Ansprüche, Rechtstitel auf Beteiligung an den Ergebnissen künftiger Produktion sind. Beispielsweise ist der Gegenwert des Aktienkapitals in dem realen Anlagevermögen der Unternehmen verkörpert; die Ansprüche auf künftigen Ertrag werden aber selbst zur Ware, werden auf Märkten gehandelt und machen daher teilweise eine vom wirklichen kapitalistischen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozeß unabhängige Preisbewegung durch. Bezugspunkt für die eigenständige Preisbewegung von Eigentums- und Schuldtiteln ist die Zinsrate respektive der erwartete Zins.

In allen kapitalistischen Hauptländern existiert eine ungeheure Masse des sogenannten zinstragenden Kapitals in dieser Form von Ansprüchen oder Besitztiteln auf Beteiligung an den Ergebnissen künftiger Produktion. Die Verdoppelung des Kapitalwertes und die beschleunigte Preisbewegung der akkumulierten Ansprüche sind überhaupt nichts Neues. Alle Eigentumstitel, die eine regelmäßige Revenue begründen, werden in Kapitalwerte und damit Anlageformen des zinstragenden Kapitals verwandelt. „Und unter Akkumulation des Geldkapitals ist zum großen Teil nichts zu verstehen als Akkumulation dieser Ansprüche auf die Produktion, Akkumulation des Marktpreises, des illusorischen Kapitalwertes dieser Ansprüche.“ (Marx 1964, 486) Die selbstständige Preisbewegung des Wertes dieser Eigentumstitel bestätigt den Schein, als seien sie unabhängig vom gesellschaftlichen Verwertungsprozeß des Kapitals; diese Anlageformen sind aber über das gesellschaftliche Leihkapital, Einkommenskreisläufe und staatliche Einnahmen (öffentlicher Kredit) mit dem Verwertungsprozeß verkoppelt. Die Scherenentwicklung zwischen realer Wertschöpfung und der Akkumulation der Eigentumstitel wird in den letzten Jahren verstärkt durch die Abschwächung des Wirtschaftswachstums und die Zunahme des Angebots

an liquiden Mitteln, die vor allem wegen der ausgeweiteten Kreditnachfrage der öffentlichen Institutionen bislang auch immer gute Anlagemöglichkeiten fanden.

Auch wenn die Preisbewegung von Wertpapieren, Derivaten oder Devisenkursen wie die Zinsrate von den Kräfteverhältnissen am Markt und den Erwartungen der Marktteilnehmer bestimmt wird, bleibt die Realökonomie, das heißt die Kapitalverwertung, auch für diese Phänomene die Grundlage. Das Sprengen aller der Mobilität des Kapitals entgegenstehenden nationalen Schranken gewinnt im Konkurrenzkampf um optimale Verwertungsraten (Unternehmensrenditen) mehr und mehr an Bedeutung. Die enge Kopplung zwischen der stärkeren Dominanz des Finanzkapitals im kapitalistischen Reproduktionsprozess und der Globalisierung der Finanzmärkte führt nicht nur zu einer relativen Verselbständigung der internationalen Finanz- und Geldmärkte gegenüber dem Welthandel, sondern auch zu ihrer Abhebung gegenüber den nationalen Finanz- und Geldmärkten. Die internationalen Finanzmärkte üben heute einen weit größeren Einfluß auf die nationale Geld- und Finanzpolitik sowie die gesamte Wirtschaftspolitik aus. Dies gilt vor allem für die kleinen und mittleren Staaten, die zu Spielbällen der internationalen Finanzmärkte werden können, jedoch wesentlich abgeschwächt für die mächtigsten kapitalistischen Staaten USA, Japan und Deutschland.

Soziale Polarisierung

Der Kernpunkt des Globalisierungsprozesses ist die über die Liberalisierung Ende der siebziger Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung (vgl. Siebert 1997, 276) bedeutet Globalisierung nicht eine Aufwertung der Rolle von Billiglohnländern oder eine veränderte Wettbewerbssituation, in der gegenüber der Knappheit an Kapital ein weltweites Überangebot an Arbeitskraft existiert. Das vergrößerte Gewicht der international vernetzten Finanz- und Kapitalmärkte erlaubt eine striktere Renditeorientierung und führt in der Konsequenz zu einer Verschärfung der Überakkumulation, das heißt einem Verdrängungswettbewerb durch das Anlage suchende Kapital: die Herrschaft der Finanzmärkte führt einerseits zu einer veränderten Machtstruktur in den Unternehmen, der Corporate Governance, weil die Vermögensbesitzer über die Investmentfonds oder die Aktionärsausschüsse einen direkten Einfluß auf die Unternehmenspolitik ausüben (OECD 1998). Andererseits führt die Zuspitzung in der Asymmetrie der gesamtgesellschaftlichen Verteilung letztlich zu einer Abschwächung der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Oskar Lafontaine ordnet rückblickend seinen Rücktritt als Finanzminister und SPD-Parteivorsitzender in diese gesellschaftliche Auseinandersetzung ein: „Der deregulierte Weltfinanzmarkt bietet im Finanzanlagen- und Spekulationsbereich Profitraten, die höher sind als die der nationalen Produktionsbetriebe. Der Weltfinanzmarkt hat allerdings nicht nur Auswirkungen auf die Investitionsquoten, sondern führt zu einem spürbaren

Wandel der Unternehmenskulturen.“ (Lafontaine 1999, 287) Der Konflikt um die gesellschaftspolitische Strategie der SPD, der in dem Rücktritt des Parteivorsitzenden und Finanzministers eine vorläufigen Höhepunkt fand, hat mit Sicherheit verschiedenen Ursachen, aber es geht auch um das Problem, ob die Macht der Finanzmärkte zurückgedrängt und eine nationale Steuerungsfähigkeit der Realökonomie zurückgewonnen werden kann.

Die Formel, Globalisierung als äußeren Anpassungszwang zu interpretieren, greift nicht. Neben der Internationalisierung der Produktion konstatieren wir eine wachsende Hegemonie der Finanzmärkte. Die Bedeutung der Finanzmärkte hat wiederum mit dem beschleunigten Wachstum der Vermögens- und Eigentumstitel in den kapitalistischen Hauptländern zu tun. Die Professionalisierung der Vermögensverwaltung bringt nicht nur eine Machtverschiebung zu den Fonds, sondern geht mit einer neuen Machtstruktur (Corporate Governance) gegenüber den realwirtschaftlichen agierenden Unternehmen einher. Die wachsende Diskrepanz zwischen den vermögens- und den existenzsichernden Arbeits- und Sozialeinkommen verschärft die chronische Überakkumulation, das heißt das neu anzulegende Kapital verbleibt auf den Finanzmärkten, anstatt sich den Risiken des Verdrängungsprozesses im realen Akkumulationsprozeß auszusetzen.

Die entscheidende Triebfeder für die Zentralisationsbewegung im Finanzsektor ist der Übergang zum wertorientierten Management oder die Orientierung am Shareholder value. Die zur Verschmelzung anstehenden Banken und Finanzhäuser operieren in der Regel mit einer unzureichenden Eigenkapitalrendite. Gerade im Finanzsektor, wo mit großer Kapitalmobilität und grenzüberschreitenden Aktivitäten seit den achtziger Jahren ein knochenharter Konkurrenzkampf tobt, werden von den Kapitalanlegern seit Mitte der neunziger Jahre Kapitalrenditen von 15-20 Prozent als normal vorausgesetzt. Logischerweise steht bei der Fusion der Kreditinstitute die Steigerung des Gewinns im Zentrum. Mit einer derart deutlichen Verbesserung der Eigenkapitalrendite würde auch die Börsenkapitalisierung einen deutlichen Sprung in die Spitzengruppe machen. Diese zu realisierenden „capital gains“ für die Aktionäre sind ein wichtiges Abfallprodukt eines wertorientierten Umbaus der Unternehmen. Das Wettrennen um die Steigerung der Eigenkapitalrendite und die Aktienkurse beschränken in letzter Konsequenz den Handlungsrahmen des Realkapitals.

Mit dem wachsenden Gewicht von institutionellen Anlegern, das heißt Fonds aller Couleur, wird die Politik der Optimierung von Vermögenstiteln auch auf alle Rentenpapiere übertragen. Die Übertragung des angelsächsischen Vorbildes ist aus dem Blickwinkel privater und institutioneller Vermögensbesitzer daher nur noch eine Frage der Zeit. „Der deutsche Kapitalismus wird mehr von angestellten Managern als durch Investoren bestimmt ... 42 Prozent der deutschen Aktien sind 1995 im Besitz von Unternehmen gewesen, in Amerika nur 15 Prozent. Es sind die Unternehmen, die andere Unternehmen besitzen ... 20 Prozent der Aktien sind in Deutschland in der Hand von Versicherungen und Investmentfonds, während dies in Amerika 44 Prozent sind.“ (Seifert 1997, 27) Die *Transforma-*

tion zum Shareholder-Kapitalismus zieht also einen erheblichen Umbau der gesamten Gesellschaftsordnung nach sich: Die Deregulierung bleibt nicht bei den Finanzmärkten und dem öffentlichen Sektor stehen, sondern auch Teile der Gesundheitsversorgung oder der Alterssicherung sollen mehr und mehr im Rahmen der Kapitalakkumulation organisiert werden.

In der Konsequenz dieser Entwicklung von Widersprüchen haben sich die Finanzkrisen unübersehbar und mit großer Wucht in der Weltwirtschaft zurückgemeldet. Anfang der achtziger Jahre brach die Schuldenkrise in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern aus. 1987 registrierten wir einen massiven Kurseinbruch an der New Yorker Aktienbörse. Es folgte die Krise des Europäischen Währungssystems 1992/93. Und seither dreht sich das Krisenkarussell immer schneller: Mexiko 1994, Asien 1997/98, Russland 1998 und Brasilien 1998/99. Die entscheidende Triebfeder für die Zentralisationsbewegung im Finanzsektor ist der Übergang zum wertorientierten Management oder die Orientierung am Shareholder value (vgl. Bryan 1997).

Neoliberale Wirtschaftspolitik – Kontrolle der Finanzmärkte?

Die Existenz weitgehend unregulierter internationaler Geld- und Kapitalmärkte in den siebziger und achtziger Jahren wird mehr und mehr zum entscheidenden Argument, auch im nationalen Rahmen die Regulierungen abzubauen und die nationalen Steuersätze stark zu reduzieren. Der Drang des Kapitals zu den liberalisierten Finanzplätzen ist ungebrochen. Doch entgegen den euphorischen Erwartungen in den siebziger Jahren hat der Übergang zu flexiblen Wechselkursen weder ein inflationsfreies Wachstum begünstigt noch vergrößerte Handlungsspielräume für die Wirtschaftspolitik gebracht. Das Gegenteil ist der Fall: Mit dem Abzug des Kapitals zu den attraktiven Finanzplätzen ist die Weltwirtschaft schwächer, ihre Fundamente sind brüchiger geworden. Der Sinn des Drucks der internationalen, nicht staatlich strukturierten Finanzmärkte auf Abschaffung aller politisch-staatlichen Regulierungen im Finanzbereich ist die offizielle Privilegierung aller zinstragenden Einkommen, wo immer diese auch anfallen. Die weitgehende Befreiung der Zins- und Vermögenseinkommen von der Mitfinanzierung der öffentlichen Aufgaben führt zudem tendenziell zur Zerstörung des Gemeinwesens. In einer US-amerikanischen Studie wurde auf die Größenordnungen dieser politisch erzwungen Umverteilung aufmerksam gemacht: In den USA hat das oberste Fünftel der Einkommenspyramide ihren Anteil am Gesamteinkommen seit 1977 massiv ausweiten können, während der Anteil der restlichen 80 Prozent beständig geschrumpft ist. Allein der akkumulierte Effekt der diversen Steuersenkungsprogramme summiert sich für das laufende Jahr auf rund 40 000 Dollar. Nach den Statistiken der Steuerbehörde ist das mehr, als zwei Drittel aller US-Amerikaner im Jahr verdienen und versteuern (Center for Budget and Policy Priorities 1999). Neoliberale Wirtschaftspolitik führt mit der Fortführung der Deregulierung zu einer „Apartheid-Ökonomie“, in der der

wirtschaftliche Erfolg ausschließlich den oberen Schichten der Gesellschaft zugute kommt.

Globalisierung wird anders als viele andere entscheidende Prozesse des gesellschaftlichen Strukturwandels deshalb zu einem Phänomen der öffentlichen Debatte, weil die Zeiten der ökonomischen Prosperität oder die Blütezeit der kapitalistischen Marktwirtschaft vorbei sind: „Wer beim Sozialabbau nicht mitmacht, wird von den Finanzmärkten bestraft. Bei Renditeerwartungen von 15 Prozent ist für Lohnerhöhungen kein Platz. Alle Schamgrenzen sind bei der Einkommensverteilung gefallen.“ (Lafontaine 1999, 293) Die Liberalisierung und Integration der nationalen Finanzmärkte ermöglicht die Internationalisierung von Produktion und Kapitalengagement. Die Geld- und Finanzmärkte sind weltweit integriert und haben ihre Rolle im gesamten Verwertungsprozeß des Kapitals erhöht. Hiermit sind auch Veränderungen im Verhältnis zwischen Finanz- und Geldsphäre und Realökonomie verbunden. Die beschleunigte Akkumulation des Geldkapitals und die Internationalisierung der Finanzwirtschaft sind die hauptsächlichlichen Triebkräfte für die Ausbreitung der neoliberalen Ideologie. Die Deregulierung auf den Finanzmärkten und die positiven Effekte für die Vermögensbesitzer werden zum entscheidenden Argument, auch im nationalen Rahmen die Regulierungen abzubauen und die Steuersätze für Kapitalgewinne zu reduzieren.

Die internationalen Organisationen wie IMF, BIZ, Weltbank u.a. wollen dem immer massiveren und folgenreichen Krisenprozeß nicht tatenlos zusehen (Stiglitz 1999). Es geht in der Tat darum, jene Räume zurückzuerobern, die die Demokratie an die Finanzwelt und ihre neuen Akteure verloren hat. Aber auch unter diesen Bedingungen bleibt die Realökonomie Grundlage der kapitalistischen Reproduktion und Kapitalverwertung. Das Sprengen aller der Mobilität des Kapitals entgegenstehenden nationalen Schranken gewinnt im Konkurrenzkampf um optimale Verwertungsraten (Unternehmensrenditen) noch mehr an Bedeutung. Die enge Kopplung zwischen der stärkeren Dominanz des Finanzkapitals im kapitalistischen Reproduktionsprozeß und der Globalisierung der Finanzmärkte führt nicht nur zu einer relativen Verselbständigung der internationalen Finanz- und Geldmärkte gegenüber dem Welthandel, sondern auch zu ihrer Abhebung gegenüber den nationalen Finanz- und Geldmärkten. Die internationalen Finanzmärkte üben heute einen weit größeren Einfluß auf die nationale Geld- und Finanzpolitik sowie die gesamte Wirtschaftspolitik aus. Dies gilt vor allem für die kleinen und mittleren Staaten, die zu Spielbällen der internationalen Finanzmärkte werden können, jedoch wesentlich abgeschwächt für die mächtigsten kapitalistischen Staaten USA, Japan und Deutschland. Huffschmid stellt nicht nur die wichtigsten Schritte zur *Kontrolle der Finanzmärkte* dar, sondern skizziert auch die Perspektive. „Eine wirklich dauerhafte Stabilisierung erfordert aber in längerer Frist, dass der Grund für die heute hektische und krisenhafte Funktionsweise der Finanzmärkte beseitigt wird. Er besteht in der periodischen Produktion von hohen Kapitalüberschüssen, für die es wegen des – als Folge falscher

Verteilungsverhältnisse eingetretenen – Fehlens kaufkräftiger Nachfrage keine rentablen Anlagemöglichkeiten gibt.“ (Huffs Schmid 1999, 170)

Dass die Finanzmärkte erneut zu einer größeren Transparenz gezwungen werden müssen, ist in den internationalen Institutionen (IMF, BIZ, Weltbank) nach der ostasiatischen Krise Mehrheitsauffassung. Striktere Regulierungen wie eine Rückkehr zu Kapitalverkehrskontrollen oder die Einführung einer Umsatz- und Transaktionssteuer für alle Wertpapieroperationen werden nach wie vor abgelehnt. Innerhalb der Europäischen Union ist selbst eine allgemeine Quellenbesteuerung der Zinserträge strittig, insofern liegt eine Harmonisierung der Kapitalbesteuerung selbst innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion noch in weiter Ferne. Der Unterschied in den programmatischen Positionen einer modernisierten Sozialdemokratie (Schröder/Blair 1999) und der neokeynesianischen Strömung (Lafontaine 1999) liegt nicht zuletzt darin begründet, ob eine neue Regulierung des globalisierten Kapitalismus für realisierbar gehalten wird. Lafontaine (1999, 308) wirbt für einen eigenständigen europäischen Weg: „Neben den klassischen Aufgaben geht es heute vor allem darum, dem angelsächsischen Kapitalismus einen europäischen Sozialstaat gegenüberzustellen und dem deregulierten Weltmarkt einen Ordnungsrahmen zu geben. Das ist der Auftrag, den die Wählerinnen und Wähler den sozialdemokratischen Regierungen Europas gegeben haben ... Doch nach der Veröffentlichung des Schröder-Blair-Papiers war die Enttäuschung groß.“ Altvater/Mahnkopf (1999, 530) sind im Hinblick auf die Durchsetzung einer neuen wirksamen Regulierung skeptisch: „Auch im neuen Jahrhundert werden die Finanzkrisen ... in kurzen Abständen periodisch ausbrechen, bis sie nicht mehr regulierbar sind und dann das ‘Systemrisiko’ Wirklichkeit wird.“ In der Tat sind die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen für ein solches radikales Reformprojekt nicht günstig. Gleichwohl könnten wir es uns gerade in den kapitalistischen Hauptländern leisten, gegenüber dem Herrschaftsanspruch der rigorosen Rentabilität widerständiger zu sein und den „Terror der Ökonomie“ im Sinne einer nationalen Selbstgenügsamkeit (Keynes 1985) zurückzudrängen.

Literatur

- Altvater, Elmar, 1997: Geld, Globalisierung, hegemoniale Regulierung. In: Steffen Becker (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Berlin
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 1996/99: Grenzen der Globalisierung. Münster.
- Beisheim, Marianne u.a. (Hg.), 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Baden-Baden
- Bernet, Beat, 1999: Warum fusionieren Banken? In: Hans Siegwart (Hg.): Mega-Fusionen. Bern
- Bischoff, Joachim, 1999: Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Hamburg
- Bryan, Lowell / Farrell, Diana, 1997: Der entfesselte Markt. Wien
- Center for Budget and Policy Priorities, 1999. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. September
- Guttman, Robert, 1994: How Credit-Money shapes the economy. New York
- Guttman, Robert, 1998a: Die Entwicklungsdynamik des Finanzkapitals. Frankfurt/M.

Guttman, Robert, 1998b: Die strategische Rolle der Pensionsfonds. In: Prokla Heft 113, Münster

Friedman, Thomas, 1999: Globalisierung verstehen. Berlin

Hanke, Thomas / Walter, Nobert , 1997: Der Euro. Frankfurt/M.

Huffschmid, Jörg, 1999: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg

Keynes, John Maynard, 1985. Nationale Selbstgenügsamkeit. In: Keynes -Werkauswahl, Hamburg

Krugman, Paul, 1999: Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg. Frankfurt/M.

Lafontaine, Oskar, 1999: Das Herz schlägt links. Düsseldorf

Marx, Karl, 1954: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Ostberlin

Marx, Karl, 1964: Das Kapital, Bd 3. Ostberlin

Marx, Karl, 1968: Theorien über den Mehrwert III. Ostberlin

Mutz, Gerd, 1999: Das Ende der Treck-Kultur. In: Beck, Ulrich: Schöne neue Arbeitswelt. Frankfurt/M.

OECD 1998: Corporate Governance. Paris

OECD 1999: Wahrung des Wohlstandes in einer alternden Gesellschaft. Paris

Schäuble, Wolfgang, 1997: Brauchen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag? In: Hengsbach, Friedhelm (Hg.): Wohlstand trotz alledem. München

Schmidt, Gerd / Trinczek, Heiner (Hg.) 1999: Globalisierung. Baden-Baden

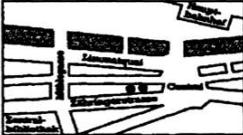
Schröder, Gerhard / Blair, Tony, 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. 8.6.99. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 7

Schulten, Thorsten / Bispinck, Reinhard, 1999: Tarifpolitik unter dem Euro. Hamburg

Seifert, W.G., 1997: Mängel in der Kapitalverteilung verringern das Bruttosozialprodukt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. April

Siebert, Horst, 1997: Die Illusion von der Kooperation – Zum Wettbewerb in der Weltwirtschaft gibt es keine Alternative. In: Hengsbach, Friedhelm (Hg.): Wohlstand trotz alledem. München

von Weizsäcker, C. Christian, 1999: Logik der Globalisierung. Göttingen

		KLIO Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co.
Grosses Sortiment in unseren Gebieten		Geschichte Philosophie Soziologie Politologie Ethnologie Dritte Welt Germanistik Belletristik
Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal		
Zudem An- und Verkauf antiquarischer Bücher		
KLIO Buchhandlung Zähringerstrasse 45 Postfach 699 CH-8025 Zürich 1	KLIO Antiquariat Zähringerstrasse 41/45 Postfach 699 CH-8025 Zürich 1	
		Tel. 01 251 42 12 Fax 01 251 86 12 klio-zuerich @dm. krinfo.ch